

August Lufthansa mit weiterer Erholung im Fracht- und Passagiergeschäft

FRANKFURT - Bei der Lufthansa hat sich die Erholung im Passagier- und Frachtgeschäft im August fortgesetzt. Die Fluglinien unter der Marke Lufthansa zählten im abgelaufenen Monat 5,4 Millionen Fluggäste, 9,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie Deutschlands größte Fluggesellschaft am Donnerstag in Frankfurt mitteilte. Die Nachfrage wuchs allerdings nicht so stark wie das Angebot, sodass die Auslastung der Maschinen um 0,6 Prozentpunkte auf 82,9 Prozent zurückging.

Einschließlich ihrer Töchter Swiss, British Midland (BMI) und Austrian Airlines (AUA) kam die Lufthansa auf 8,5 Millionen Fluggäste, ein Zuwachs von 20 Prozent. Allerdings war die AUA vor einem Jahr noch nicht in den Konzernzahlen enthalten gewesen.

Auch im Frachtgeschäft, das von der Wirtschaftskrise 2009 besonders stark getroffen worden war, ging es weiter nach oben. Lufthansa Cargo beförderte im August 155.000 Tonnen Fracht und Post, ein Plus von 17,9 Prozent. Die Auslastung verbesserte sich um 2,2 Prozentpunkte auf 68,3 Prozent. Konzernweit wuchs das Fracht- und Luftpostaufkommen um 18,7 Prozent auf 173.000 Tonnen. Die Frachtentwicklung gilt als Frühindikator für die Wirtschaftsentwicklung.

Flugsteuer nicht voll auf Passagiere umlegbar

Die umstrittene neue Flugsteuer für Starts von deutschen Flughäfen wird aus Sicht der Lufthansa nicht voll auf die Ticketpreise der Passagiere umzulegen sein. «Ich gehe nicht davon aus, dass wir das eins zu eins weitergeben können an die Kunden», sagte der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Mayrhuber am Donnerstag in Berlin. «Das haben wir noch nie geschafft. Dazu ist einfach die Wettbewerbsintensität zu groß.»

Er rechne nicht damit, dass die vom Bundeskabinett beschlossenen Pläne noch geändert werden, zumal dies zu einem heillosen Durcheinander führte. Mayrhuber kritisierte, die Steuer habe die Branche wie ein Eisblock aus dem Himmel getroffen.

Nach dem Beschluss der schwarz- gelben Koalition werden bereits seit dem 1. September für Abflüge ab 1. Januar 2011 je nach Entfernung 8, 25 oder 45 Euro Steueraufschlag fällig. Die Bundesregierung will dadurch jährlich eine Milliarde Euro einnehmen.